

HRRS-Nummer: HRRS 2010 Nr. 437

Bearbeiter: Karsten Gaede

Zitiervorschlag: BGH HRRS 2010 Nr. 437, Rn. X

BGH 4 StR 5/10 - Beschluss vom 2. März 2010 (LG Berlin)

Unbegründeter Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Zurechnung des Verschuldens der Prozessbevollmächtigten zur Nebenklägerin; unverschuldete Säumnis).

§ 44 StPO

Entscheidungstenor

Der Antrag der Nebenklägerin T. B. auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Frist zur Begründung der Revision gegen das Urteil des Landgerichts Berlin vom 19. Juni 2009 wird verworfen.

Gründe

Der Nebenklägerin kann die beantragte Wiedereinsetzung nicht gewährt werden, da, wie sie selbst vorträgt, ihre 1
Vertreterin, Rechtsanwältin H., die Frist zur Begründung der Revision entgegen dem ihr erteilten Auftrag bewusst
verstreichen ließ. Dieses Verschulden ihrer Vertreterin muss sich die Nebenklägerin zurechnen lassen; der Fall liegt
insoweit anders als beim Verschulden eines Verteidigers (st. Rspr.; vgl. nur BGHSt 30, 309 ff.; BGH, Beschl. vom 18.
November 1999 - 1 StR 500/99 = BGHR StPO § 44 Verschulden 6 und vom 13. August 2002 - 4 StR 263/02 = NSiZ-
RR 2003, 289).

Im Übrigen wäre die Revision der Nebenklägerin, auch im Falle eines Erfolgs des Wiedereinsetzungsantrags, aus den 2
in der Antragsschrift des Generalbundesanwalts genannten Gründen als unzulässig zu verwerfen gewesen.

Da das Landgericht bereits durch Beschluss vom 5. Oktober 2009 gemäß § 346 Abs. 1 StPO über die Revision der 3
Nebenklägerin entschieden hat, bleiben auch die weiteren an den Senat gerichteten Anträge auf Beiordnung von
Rechtsanwalt M. und Gewährung von Akteneinsicht ohne Erfolg.